

Konsistenz geben. Außerdem würde der jetzt doch letztlich bestehende Eindruck vermieden, die Synode sei zur Abfassung eines eigenen Dokumentes nicht in der Lage und rekuriere deshalb auf den Papst.

Man könnte allerdings auch sagen, dieser Rekurs an den Papst entspreche genau dem *Stellenwert der Synode*. Denn soviel ist sicher: ein wirkliches Organ bischöflicher Teilhabe an der Leitung der Universalkirche ist die Bischofssynode weniger denn je. Das zeigte sich auch in der sehr kursorischen Art, wie die Berichte der Kuriendikasterien abgehandelt wurden. Gerade soweit es dabei um gesamt-kirchlich relevante Arbeitsvorhaben ging – wie insbesondere bei der Reform des kirchlichen Gesetzbuches –, hätte man der Synode mehr Selbstbewußtsein gewünscht. Die Bischöfe schienen sich im wesentlichen damit zu begnügen, die Berichte zur Kenntnis zu nehmen und einige wenige bescheidene Informationsfragen zu stellen.

In ihrer jetzigen Form ist die Bischofssynode kaum mehr als ein *Forum*, das den Bischöfen die gewiß schätzenswerte

Möglichkeit bietet, Anregungen zu empfangen und zu geben und dabei weit über die eigenen Kirchtürme hinauszuschauen. Diese weltumspannende Perspektive zwingt freilich auch zu einem erheblichen Maß an Abstraktheit und Unverbindlichkeit im Sprechen (jedenfalls in den gemeinsamen Verlautbarungen), zumal wenn Kontroversen in der Sache nach Möglichkeit umgangen werden (die „Kontroversen-Kommission“ brauchte nicht tätig zu werden!). Die Folge ist – positiv ausgedrückt – die „Überwindung der Dichotomien durch kreative Synthesen“ (Kardinal *Aloisio Lorscheider*). Damit ist zweifellos das wichtigste Charakteristikum der diesjährigen Versammlung benannt. Wenn man freilich, wie es die Synode tat, Erneuerung der Katechese und ineins damit Erneuerung der Kirche auf seine Fahnen schreibt, kann Einmütigkeit eine Stärke, aber auch – wenn sie zu reibungslos erreicht wird – eine Schwäche sein. Das abschließende Urteil, was nun in diesem Fall überwiegt, wird man der Nachgeschichte der Synode überlassen dürfen. *H. G. Koch*

Länderbericht

Mit Gewalt gegen Terror

Argentinien in der Zerreißprobe

Der durch einen Militärputsch an die Macht gekommene argentinische Präsident *Jorge Rafael Videla* kämpft seit seinem Amtsantritt Ende März 1976 mit wechselndem Erfolg an drei Fronten gegen Subversion, Inflation und Korruption, um sein Land aus dem politisch-sozialen und wirtschaftlichen Chaos der spät- und nachperonistischen Ära herauszuführen. Das südamerikanische Land mit dem höchsten Pro-Kopf-Einkommen (1975: 1290 Dollar), traditionell hohem Bildungsstand, aber auch instabiler politischer Konstitution, lebt seit mehr als zwei Jahren im latenten Bürgerkrieg. In keinem anderen lateinamerikanischen Staat ist es politischen Extremisten gelungen, den Terror in Form von Morden, Entführungen und Attentaten zum politischen Alltag zu machen wie in Argentinien. Auf diese zeitgeschichtliche Erfahrung stützen General Videla und seine Junta allerdings ihre Prognose, daß die Guerilla letztlich nie erfolgreich sein könne. Ihre Innenpolitik zielt auf die Ausrottung der Subversion und gleicht damit Nachbarregimen im Westen und Norden.

Land des Terrors

Anfang der siebziger Jahre büßte die Militärregierung unter General *Alejandro Lanusse* auch international an An-

sehen ein, als sie im Zuge der Bekämpfung von politischen Untergrundorganisationen Folterpraktiken und einen Fall von mutmaßlicher Schnelljustiz, bei dem 15 Mitglieder einer Guerilla-Gruppe erschossen wurden, ungestraft ließ. Unter dem in seiner zweiten Amtszeit knapp neun Monate regierenden *Juan Perón* operierte der *linksextreme Untergrund* aktiver denn je. Da wirksame Maßnahmen von staatlicher Seite ausblieben, verstärkte sich der Gegenterror von rechts. Berichte über 500 Menschenentführungen im Jahr 1973 wurden von der Regierung nicht dementiert. Erpressungsgelder von 70 Millionen DM flossen den Terrorgruppen, darunter dem trotzlistischen ERP („Revolutionäres Volksheer“), zu.

Der Tod Peróns am 1. Juli 1974 löste eine weitere Welle politischer Gewalttätigkeit aus, die bis Ende des Jahres mehr als 500 Menschenleben kostete. Das aus Rechtsradikalen bestehende *Todeskommando* „Argentinische Antikommunistische Allianz (AAA)“ statuierte mit grausamen Mordmethoden Exempel, die zahlreiche argentinische Intellektuelle zur Flucht außer Landes trieben.

Als das Militär am 24. März 1976 die Macht übernahm, lebte Argentinien bereits in einem bürgerkriegsähnlichen Zustand. Die Polizei und teilweise mit ihr zusammenarbeitende rechtsgerichtete Terrorgruppen entwickelten mit

ihren gewaltsamen Aktionen einen Gegenterror, der Angst und Schrecken unter der Bevölkerung verbreitete, ohne jedoch der gewalttätigen Linken Herr werden zu können. Der ERP hatte sich einem „nationalen Volkskrieg“ verschrieben; seine Überfälle auf Einheiten der Streitkräfte zeugten von beachtlichen operativen Fähigkeiten. Die nötigen finanziellen Mittel verschaffte sich diese Guerilla durch Erpressungen und zahlreiche Geiselnahmen. In den ersten achtzehn Monaten seiner Regierung gelang es General Videla, den linken Terror fast vollständig zu zerschlagen. Militär, Polizei und parapolizeiliche Truppen gingen ohne Rücksicht auf rechtsstaatliche Prinzipien gegen die Guerilla – und was sie dafür hielten – vor. Die Effizienz dieses Kampfes sollte die Methoden rechtfertigen: „Unser Kampf kennt weder eine moralische noch eine natürliche Grenze, er steht über Gut und Böse“, erklärte ein Oberstleutnant des Heeres öffentlich (zitiert nach „Cambio 16“, Madrid, 10. 4. 1977). Um die Guerilla mit gleichen Waffen schlagen zu können, gingen Angehörige der Ordnungskräfte und ihre Helfer in den Untergrund. Der Subversion Verdächtige wurden entführt, gefoltert, ermordet. Da die Zuständigkeiten *de iure* wie *de facto* auf mehrere Institutionen und regionale Ebenen verteilt waren und nicht etwa wie in Chile von einem Staatssicherheitsdienst koordiniert wurden, konnte die Terrorbekämpfung von oben weder kontrolliert noch gar gelenkt werden, falls dies überhaupt im Interesse der Regierung lag.

Die vor allem in den Wäldern der nordwestargentinischen Provinz Tucumán operierenden ERP-Truppen wurden ebenso vernichtend geschlagen wie die Terrorkommandos der Montoneros. Die zunächst als Linkspersonen auftretenden Revolutionäre hatten 1970 den ehemaligen Präsidenten *Aramburu* ermordet. Sie operierten als Stadtguerilla im Untergrund und konnten auf einen gewissen Rückhalt bei legalen peronistischen Gruppen zählen. Sie profitierten von der generösen Geste *Hector Cámporas*, der während seiner sieben Wochen währenden Amtszeit rund 2000 von General Lanusse inhaftierte Untergrundkämpfer freigelassen hatte, und traten unbemerkt von Präsident Perón den Marsch durch die Institutionen an. In den eineinhalb Jahren seit der Absetzung Isabel Peróns sollen ERP und Montoneros zwischen sieben- und achtausend Mann „verloren“ haben, teilte der Generalstabschef der Armee, *Roberto Viola*, im Herbst 1977 mit.

Nach Amnesty International zeichneten im Verlauf des Jahres 1976 linksgerichtete Extremisten für 400 bis 500 Morde, Sicherheitskräfte und parapolizeiliche Gruppen für etwa 1000 Tote verantwortlich. Die Zahl der *politischen Häftlinge* schätzt die Gefangenenhilfsorganisation auf mindestens 5000. Zwei- bis fünftausend Personen verschwanden in demselben Zeitraum spurlos. Der UN-Hochkommissar für Flüchtlinge teilte mit, daß die 12000 in Argentinien registrierten Flüchtlinge aus anderen lateinamerikanischen Ländern ebenfalls von Entführung und Mord bedroht seien. Präsident Videla nennt neben anderen Ursachen (Selbstmord, Untertauchen) für das Ver-

schwinden von Personen auch Übergriffe der Ordnungskräfte. Ohne diese rechtfertigen zu wollen, erinnerte er daran, daß Argentinien sich im Bürgerkrieg befunden habe.

Seit die militärische Spitze mit offensichtlicher Befriedigung über die Eliminierung des linken Terrors in den letzten Monaten verschiedentlich das „Ende des Krieges“ erklärte, mehren sich die Stimmen aus liberalen Kreisen, die auch den Umtrieben rechtsgerichteter Kommandos ein Ende setzen wollen. Offenbar scheut General Videla aus Rücksicht auf die Ultras in den eigenen militärischen Reihen aber vor hartem Durchgreifen zurück.

Sowohl die Wiedereinsetzung des Verfassungsartikels, nach dem politischen Gefangenen unter bestimmten Voraussetzungen der Weg ins Exil offensteht, als auch die Freilassung des seit August inhaftierten ehemaligen Senators der Radikalen Partei, *Hipolito Solari Irigoyen*, und die Auffindung des im September verschleppten Generalsekretärs der Lehrgewerkschaft und führenden Mitglieds der argentinischen Menschenrechtsorganisation, Prof. *Alfredo Bravo*, wurden vom rechten Flügel der Armee nicht gutgeheißen. Gerade diese Anzeichen sind es aber auch, die Videla weiterhin die Unterstützung etwa der Kommunisten sichern; sie ziehen ein vorübergehendes Staatsgangstertum dem langfristig angelegten „Pinochetismus“ im Nachbarland Chile vor. Während die Sowjetunion strenge Neutralität gegenüber dem ersten Handelspartner in Lateinamerika wahrte (sie widersetzte sich in diesem Jahr zweimal in der UN-Menschenrechtskommission einer Verurteilung Argentiniens), strichen die USA im März die Militärhilfe für Argentinien. Die spürbare politische Beruhigung, das energische Vorgehen Videlas gegen antisemitische Ausschreitungen und seine wenn auch vagen Liberalisierungsversprechen scheinen in Washington jedoch inzwischen zu einer positiveren Beurteilung der Lage geführt zu haben.

Feudalismus und organisierte Arbeiterschaft

Der politische Hintergrund für die von rechts und links genährte Terrorszene wird in Argentinien global als „Krise der Demokratie“ charakterisiert – ein Begriff, der in der neueren Geschichte des Landes schon häufig als Etikett für instabile politische Verhältnisse herhalten mußte. Diese wiederum resultierten wesentlich aus gesellschaftlichen Strukturen, die der argentinischen Geschichte eine anderen Ländern des Subkontinents nicht vergleichbare Prägung gaben. Von den 25 Millionen Argentinern sind 95 Prozent Weiße fast ausschließlich spanischer und iraliesischer Abstammung; die Zahl der Indios liegt unter 30000, die der Mestizen bei 1 Million. Das aus den ersten Siedlungsperioden stammende *soziale Spannungsverhältnis* Grundbesitzer (*estanciero*) – Pächter (*peón*) ist bis heute erhalten geblieben. Eine Landreform wurde von den Regierungen mit dem Hinweis auf die Massenabwande-

rung in die Industrie stets als unnötig empfunden, so daß heute rund 2500 Eigentümer (Landbesitz ab 10000 ha) rund ein Drittel der landwirtschaftlich genutzten Fläche besitzen, während 300000 primitiv lebende Kleinbauern (Landbesitz bis 100 ha) nur 5 Prozent der kultivierbaren Fläche ihr eigen nennen. Zu Beginn dieses Jahrhunderts machte die „Unión Cívica Radical“, die Radikale Partei, den Grundbesitzern die bisher unumstrittene politische Macht streitig. Sie vertrat die am politischen Leben nicht beteiligten mittleren und armen Klassen. Viele Händler und Kaufleute lebten erst in der ersten oder zweiten Generation in Argentinien und unterschieden sich in ihrer politischen Denkweise stark von den früher eingewanderten herrschenden Großgrundbesitzerfamilien. Obwohl der überwiegende Teil der Bevölkerung europäischen Ursprungs war, entwickelte sich in Argentinien ein ähnlich *ausgeprägtes Klassenbewußtsein* wie in iberoamerikanischen Ländern mit einem starken eingeborenen Bevölkerungsanteil.

Unter Juan *Domingo Perón* (1946–1955), der die Industrialisierung des bisherigen Agrarstaates auf Kosten der Landwirtschaft betrieb, erstarkte die städtische Arbeiterschaft zur stärksten und bestorganisierten in Lateinamerika. Die Gewerkschaften wurden unter seiner Regierung zur ersten gesellschaftlichen Macht im Lande, deren zunehmend erpresserischem Druck Perón sich nicht entziehen konnte. Zwischen konservativen Landbesitzern und gewerkschaftsorientierter Industrie-Arbeiterschaft erwies sich das argentinische *Militär als dritte politische Kraft*. Die traditionelle Rivalität und die auseinanderstrebenden politischen Ansichten der drei Waffengattungen machten das Militär zu einem mächtigen politischen Entscheidungsfaktor ohne festen ideologischen oder gar parteipolitischen Standort. So folgte auf meist an wirtschaftlichen Problemen scheiternde Zivilregierungen, von der jeweiligen Opposition gestützt, das Eingreifen der Streitkräfte. Diese seit den dreißiger Jahren fast regelmäßige Abfolge sich bekämpfender ziviler politischer Gruppen und militärischer Machtergreifung meint wohl inhaltlich der Begriff der argentinischen „Krise der Demokratie“.

Die Förderung des landwirtschaftlichen Sektors unter der jetzigen Regierung Videla ist für die in ideologischen Kategorien denkende argentinische Opposition Anzeichen einer restaurativen Politik, die auf Wiederherstellung der traditionellen sozialen Strukturen gerichtet sei. Freimütige Äußerungen des rechtsgerichteten Gouverneurs von Buenos Aires, General *Saint Jean*, dessen Rückversetzung in den Ruhestand seit Monaten erwartet wird, sprechen für eine solche Tendenz. In einer Botschaft an die Jugend bezeichnete Saint Jean die Grundbesitzer als einzige wirklich führende Klasse, die Argentinien je gekannt habe (Études, Oktober 1977, S. 338). Tatsächlich arbeitet der Agrarsektor derzeit unter extrem günstigen Bedingungen (internationale Getreidepreise, die ertragreichste Ernte seit 40 Jahren), während dank der Lohnstillhaltepolitik die qualifizierten Arbeiter am meisten an der im Herbst erneut gestiegenen Inflation zu tragen haben, da die Reallöhne von Woche zu Woche fallen.

Die argentinische Wirtschaft und die Gewerkschaften

Die zweite peronistische Ära (1973–1976) hatte sich noch stärker durch ideologische Unsicherheit ausgezeichnet als Peróns erste Amtszeit. Wie uneins die Peronisten untereinander waren, hatte sich schon bei der Rückkehr des Caudillo aus dem Exil gezeigt: In der Nähe des Flughafens Ezeiza kam es zu einem blutigen Zusammenstoß von linksperonistischen Extremisten (Montoneros) und peronistischen Gewerkschaftsmilizen, bei dem es vermutlich zwischen 100 und 300 Tote gab. Daß Perón die Vizepräsidentschaft seiner politisch unerfahrenen dritten Ehefrau Isabel übertrug, machte offenbar, daß er die Bevorzugung eines peronistischen Flügels unbedingt vermeiden wollte. Was den Peronismus notdürftig zusammenhielt, war die Person des Caudillo. Im Hinblick auf die Politik späterer Jahre garantierte Perón immerhin eine freie Presse und eine relativ unabhängige Justiz. Er bekämpfte die Guerrilla – möglicherweise in Fehleinschätzung ihrer Schlagkraft –, ohne dieser Gewalttätigkeit mit Terror von oben zu begegnen. Mit Peróns Tod brach nach knapp neunmonatiger Amtszeit das schwache politische Gefüge auseinander, das schon immer auf schwachem ideologischem Fundament gestanden hatte. Seine Idee des Justicialismus, des gerechten Ausgleichs zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, der „dritten (argentinischen) Position“ zwischen Kapitalismus und Kommunismus, hatte längst aufgehört, die Politik zu prägen. Geblieben waren die in den 50er Jahren von Perón ermutigten und geförderten Gewerkschaften, deren Mitverantwortung an der desolaten politischen Lage des Landes erst nach dem Sturz der Peronisten in vollem Umfang offenbar wurde.

Unter der Regierung *Isabel Peróns* (1. Juli 1974 bis 23. März 1976) mangelte es dem bisher autoritär und populistisch geführten Argentinien an der Führerpersönlichkeit. Die schwache Präsidentin geriet zunehmend unter den Einfluß des skrupellosen *José López-Rega*. Der zum rechten Flügel der Peronisten zählende Politiker wurde von der extremen Rechten und auch von den Rechtsterroristen im Untergrund anerkannt. Er avancierte zum Wohlfahrtsminister und Privatsekretär der Präsidentin, die nacheinander die Gewerkschaften, den Senat des Zwei-Kammer-Parlamentes und das Militär in offene Opposition zur Regierung brachte. Trotz des offensichtlichen Machtvakuum zögerten die Streitkräfte zunächst den Umsturz hinaus. Eine mit Schlägertrupps ausgerüstete, übermächtige Gewerkschaftsorganisation, eine Inflationsrate von 250 Prozent, 10 Prozent Arbeitslose, drohender Staatsbankrott und der wachsende Terror rechter und linker Prägung schreckten das sonst gern als Retter der Nation auftretende Militär ab.

Die *von Großbritannien und den USA übernommenen Staatsstrukturen* sind von den argentinischen Regierungen nie wirklich umgesetzt worden. Weder unter den Militärregimen noch unter ziviler Staatsführung konnten die Parlamentskammern ihre Funktionen voll erfüllen; die Be-

deutung der Parlamente nahm seit dem Zweiten Weltkrieg eher ab. Die peronistische Diktatur wie auch die nachfolgenden Regime behinderten eine Stabilisierung des Parteiensystems; lediglich die traditionsreiche Mittelstandspartei „Unión Cívica Radical“ konnte sich eine feste Anhängerschaft im Volk sichern. (Nach den Wahlen 1973 stellte sie mit 51 Sitzen ein Fünftel der Abgeordneten in der Deputiertenkammer.)

Zur gesellschaftlich-politischen Macht ersten Ranges erstarkten in den 50er und 60er Jahren die argentinischen *Gewerkschaften*. So bedeutend ihre Errungenschaften für das im Vergleich zu anderen lateinamerikanischen Ländern weit entwickelte Sozialwesen Argentiniens waren, so hinderlich waren sie den Regierungen der letzten zwanzig Jahre bei ihren Versuchen, der Wirtschaftskrisen Herr zu werden. Perón selbst, der die soziale Gerechtigkeit als wichtigstes innenpolitisches Ziel propagierte, ging gegen Ende seiner Regierungszeit Kompromisse ein, die mit der peronistischen Idee kaum zu vereinbaren waren. Konzessionen gegenüber dem Ausland um notwendiger massiver Kapitalinvestitionen willen und der wiederholte Versuch, die Löhne einzufrieren, waren Maßnahmen, die mit dazu beitrugen, daß die *enttäuschten Sozialisten* des Peronismus in den Untergrund gingen. Der 1973 zwischen Regierung, Gewerkschaften und Unternehmern geschlossene „Sozialpakt“, ein Preis- und Lohn-Stillhalteabkommen, das zwei Jahre währen sollte, wurde nach ersten Erfolgen bald gebrochen – die Regierung mußte angesichts der erneut steigenden Inflationsrate Lohn- und Preiskorrekturen hinnehmen. Als im Juli 1975 der peronistische Gewerkschaftsverband CGT den Generalstreik ausrief, trat das Kabinett zurück, augenfälliges Zeichen dafür, daß eine peronistische Regierung an den Gewerkschaften gescheitert war. (Die Gewerkschaften hatten bis zu 130prozentige Lohnerhöhungen – mit Hinweis auf die entsprechend hohe Inflationsrate – ausgehandelt; die Regierung wollte nur 50 Prozent zugestehen.)

Die Regierung Videla begann bald nach der militärischen Machtübernahme mit der *Kontrolle der Gewerkschaften* und wurde deshalb von ein- und ausländischen Gewerkschaften kritisiert. Sie setzte Offiziere als sogenannte Interventoren ein und kündigte ein neues Gewerkschaftsgesetz an, nach dem in Zukunft „in stärkerer demokratischer Transparenz authentische Arbeitervertreter“ gewählt werden sollen (FAZ, 17. 7. 1976). Die Militärjunta deckte eine Reihe von Skandalen auf, die ein erschreckendes Maß von Korruption unter der Spitze der Gewerkschaftsfunktionäre ans Tageslicht brachten. Sie hatten im Laufe der Jahre mit zweifelhaften Mitteln dafür gesorgt, daß die Gewerkschaftskassen voll waren. So stand etwa hinter den ständigen Lohnforderungen der Gewerkschaften ein ureigenes Interesse: Von der ersten Lohnerhöhung wurden 50 Prozent in die Gewerkschaftskasse gezahlt, und zwar von allen Betriebsangehörigen, obwohl nur rund 30 Prozent einer Gewerkschaft angehören. Während die Arbeitgeber 6 Prozent der Löhne und Gehälter an die Gewerk-

schaften abführen mußten, wurden von wiederum allen Arbeitnehmern zwei Prozent eingehalten. Über die Verwendung der Gelder entschied eine kleine Gruppe von Spitzenfunktionären, deren persönlicher Reichtum ein beachtliches Ausmaß annahm und sich zum Beispiel in Großgrundbesitz und aufwendigem Lebenswandel manifestierte. Die hohe Zahl hauptberuflicher Gewerkschaftssekretäre (z. B. 180 auf 4000 Beschäftigte eines Automobilwerkes) blähte den Gewerkschaftsapparat auf, der schließlich ein Dasein um seiner selbst willen führte und keinerlei wirtschaftspolitische Verantwortung wahrzunehmen bereit war.

Daß auch die argentinische Bevölkerung Mißwirtschaft im Gewerkschaftswesen vermutet oder am eigenen Leibe erfahren hat, zeigt eine Umfrage von 1976, nach der 72 Prozent der Argentinier ein distanzierendes Verhältnis zur Gewerkschaft haben. Ob es an erster Stelle die Gewerkschaften waren, die das Land und seine Wirtschaft an den Rand des Bankrotts trieben, wird schwer nachzuweisen sein. Jedenfalls hat das politisch einflußreiche Gewerkschafts-Unwesen der letzten peronistischen Jahre durch eine gar zu eigennützig-politische der nationalen Entwicklung, nicht nur im wirtschaftlichen, sondern auch im politisch-gesellschaftlichen Bereich schwer geschadet.

Von ausländischen Besuchern, vor allem Europäern, ist immer wieder zu hören, Argentinien sei gar kein Entwicklungsland, eher – so hieß es in den letzten Jahren – mache es den Eindruck einer (wenn auch leicht heruntergewirtschafteten) Industrienation. Der Vergleich mit anderen Ländern des Subkontinents macht dieses Urteil zutreffend. Daß Argentinien etwa zum Exporteur von Nukleartechnik wurde, ist letztlich eine Folge des *traditionell hochstehenden Bildungssystems*. Die für Lateinamerika enorm niedrige Analphabetenquote (bei 7 Prozent), die nach Regierungsangaben fast 100prozentige Erfassung der Grundschüler und die stolze Zahl von 300 000 Studenten an staatlichen Hochschulen (bei einer Bevölkerung von 25 Millionen kommt ein Studierender auf 83 Einwohner) sind Daten eines auf allen Ebenen funktionierenden Schulwesens. Als General Videla Staatspräsident und Regierungschef an der Spitze einer Militärjunta wurde, gab es in Argentinien keine Slums, dafür alle 16 Stunden einen politischen Mord. Der Unterschied zu den anderen 19 Ländern Lateinamerikas ist augenfällig: weniger Elend und soziale Not, mehr Gewalt und blinder Terror als irgendwo sonst.

Die Kirche meldet sich zu Wort

Die Ausbreitung von Gewalt und die damit einhergehende Unsicherheit und Angst unter der Bevölkerung waren für die katholische Kirche des Landes denn auch Anlaß, mehrmals zur Lage der Nation Stellung zu nehmen. Diese öffentlichen Äußerungen verdienen um so mehr Beachtung, als sich gerade die argentinische Hierarchie anders als die Mehrzahl der lateinamerikanischen Episkopate

auch nach dem Aufbruch von Medellín 1968 (2. Generalversammlung des Lateinamerikanischen Bischofsrates CELAM) stets auf innerkirchliche Fragen konzentrierte und zu beschränken versuchte. Als der Kampf der Guerilla und die Bekämpfung des Terrors Mitte der 70er Jahre immer brutalere Formen annahm, intervenierten die Bischöfe mehrmals bei der Regierung, vermieden jedoch öffentliche Stellungnahmen.

Erst im Mai 1976 nach dem erzwungenen Rücktritt Isabel Peróns ließ die Bischofskonferenz eine Adresse an die neue Regierung Videla veröffentlichen, in der es hieß: „Es wäre ein Irrtum, wenn man zur Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung zu Massenverhaftungen schritte und die Gefangenen über lange Zeit an geheimen Orten festhielte. Auf diese Weise respektiert man die Garantien der Verfassung nicht. Es wäre ein Irrtum, wenn man die großherzigen Bemühungen – oft christlicher Inspiration –, die Gerechtigkeit, die Enterbten und die, deren Stimme niemand hört, zu verteidigen, mit dem Marxismus und der Guerilla verwechselt“ (Le Monde, 5. 11. 1976).

Für die argentinische Kirche war das Jahr 1976 ein Jahr des Schreckens. Wenn auch einige Bischöfe, vielleicht sogar die Mehrheit des Episkopats, die militärische Machtübernahme begrüßten, so mußte die Kirche erfahren, daß der unerbittliche, vor Mord, Entführung und Folter nicht zurückschreckende Kampf der Militärs gegen die Subversion auch vor Priestern, Seminaristen und Ordensleuten nicht halt machte. Bischof *Enrique Angelelli* von La Rioja kam im August des Jahres bei einem mysteriösen Autounfall ums Leben; sieben Priester und zwei Seminaristen wurden von Rechtsextremisten ermordet, 32 verhaftet, 5 deportiert. Alle Opfer waren durch ihren Einsatz für soziale Gerechtigkeit bekannt. Im Oktober wandte sich die Exekutivkommission der Bischofskonferenz erneut an die Regierung und forderte Aufklärung über das Schicksal von Verhafteten. „Über viele Morde vergeht die Zeit, ohne daß man jemals erfährt, wie sie geschehen und wer die Verantwortlichen waren“, schreiben die Bischöfe und stellen die Frage: „Wer sind die Mächtigen, die straffrei und anonym mitten in unserer Gesellschaft nach ihrer Willkür verfahren? Welche Garantien, welche Rechte bleiben da noch dem gewöhnlichen Bürger?“ (KNA, 6. 10. 1976.) Papst Paul VI. richtete an den argentinischen Botschafter beim Hl. Stuhl die Bitte, die argentinische Regierung möge für „angemessene Aufklärung“ der Ermordung von Geistlichen Sorge tragen. Rechtsextreme und neonazistische Gruppen attackierten die Kirche wegen ihrer angeblich allzu nachgiebigen Haltung gegenüber der kommunistischen Gefahr. Gegen den päpstlichen Nuntius, Erzbischof *Pio Laghi*, wurden von dieser Seite Morddrohungen gerichtet.

Die bisher schärfste Stellungnahme der Bischöfe zur staatlichen Repression ist in einer Denkschrift enthalten, die im Anschluß an die 35. Vollversammlung der Argentinischen Bischofskonferenz am 15. Mai 1977 veröffentlicht wurde. Die Unterordnung der Menschenwürde unter

Werte wie kollektive Sicherheit habe dazu geführt, „daß elementare Rechte des Menschen... verletzt werden, der Mord des Feindes erlaubt sowie die moralische oder physische Folter gerechtfertigt und die Freiheitsberaubung oder Eliminierung aller möglichen Feinde der Sicherheit zugelassen wird“ („Criterio“, 26. 5. 1977). Die Kirche habe Verständnis, wenn die Regierung in Ausnahmesituationen Sonderrechte beanspruche, jedoch heilige der Zweck niemals die Mittel. Besorgt äußern sich die Bischöfe über die hohe Zahl verschwundener Personen und die häufige Anwendung der Folter. Eine Gefahr für die politische Zukunft des Landes sehen die Bischöfe in den bedrückenden Auswirkungen der schlechten wirtschaftlichen Lage auf die ärmere Volksschicht, die zum Nährboden für die marxistische Subversion werden könne. Die Bischöfe fordern die Urheber der Subversion zu „Reue, Umkehr, Wiedergutmachung und Versöhnung mit dem Bruder“ auf.

Präsident Videla, in Caracas auf das bischöfliche Dokument angesprochen, erklärte, die Stellungnahme sei nicht als Kollision der Kirche mit der Regierung zu werten. Diese Reaktion des Präsidenten scheint für die Tatsache zu sprechen, daß die katholische Kirche in Argentinien aufgrund ihrer historischen Entwicklung, besonders aber ihrer in neuerer Zeit geübten Zurückhaltung, nicht über das moralische Ansehen und die Ausstrahlung verfügt, um etwa in der Frage der Menschenrechte die Militärregierung wirklich in die Enge zu treiben. Empfindlich reagierte Videla allerdings, als die Tageszeitung „La Opinión“ Auszüge aus einem regimiekritischen Artikel des Jesuiten *Vicente Pellegrini* abdruckte, in dem dieser Zusammenhänge zwischen bewaffneten Mörderbanden und den Streitkräften hergestellt hatte: Videla verbot für zwei Tage das Erscheinen der angesehenen Tageszeitung.

Hoffnung auf allmähliche Demokratisierung

Erste Anzeichen einer Entspannung nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet glaubten die Medien in den letzten Monaten feststellen zu können. Das Programm der „nationalen Reorganisierung“, unter dem die Junta vor einhalb Jahren antrat, soll nach der erfolgreichen Bekämpfung der Subversion mit dem Charakter eines Gegenterrors einen demokratischeren und hoffentlich den Regeln des Rechtsstaates folgenden Inhalt bekommen. Zu diesem Zweck hat General Videla einen Planungsstab mit der Erarbeitung eines „Proyecto Nacional“ beauftragt, das den *Übergang zur Demokratie* vorbereiten und einleiten soll. Die Ankündigung erster Kontaktaufnahmen zu den im „Rezeß“ befindlichen Parteien des Landes stieß allerdings auf harten Widerstand der „Falken“, des rechten Militärflügels. Nicht zuletzt aus wirtschaftspolitischen Erwägungen wird die Junta in den kommenden Monaten eine Beruhigung und Befriedigung der innenpolitischen Lage anstreben, um das Vertrauen des Auslands wiederherzustellen. Das von Arbeitsminister Liendo initiierte

neue Gewerkschaftsgesetz, das die „*sindicatos*“ entpolitisieren und einige der peronistischen Privilegien einschränken soll, könnte jedoch neuen Zündstoff liefern, der die Militärs möglicherweise wieder zu hartem Durchgreifen veranlassen würde. Entscheiden wird sich die innenpolitische Zukunft Argentiniens wahrscheinlich wieder einmal mit den wirtschaftspolitischen Erfolgen der Regierung; vorläufig hat sie Handel, Industrie und auch die Landwirt-

schaft hinter sich. Ein in letzter Zeit häufig angestellter Vergleich mit dem Nachbarland Chile macht deutlich, daß es um die Menschenrechte in Argentinien noch schlechter bestellt ist als im Regime General Pinochets; die Ansätze für eine allmähliche Demokratisierung scheinen dagegen in Argentinien ehrlicher als Pinochets Projekt einer „neuen Demokratie“ mit Militär und ohne Parteien.

Gabriele Baums-Burchardt

Kurzinformationen

Der Bischofsrat beim Generalsekretariat der römischen Bischofssynode wurde auf der Synodenvollversammlung in Rom neu gewählt. Dem Rat, der in der Zeit zwischen den Vollversammlungen eine gewisse Kontinuität der Bischofssynode repräsentiert und zusammen mit den römischen Behörden jeweils die nächste Sitzung vorbereitet, gehören 15 Mitglieder an, von denen 12 von der Synode gewählt und 3 vom Papst ernannt werden. Die Synode hat je 3 Bischöfe aus den vier Weltregionen zu wählen. Im ersten Wahlgang ist absolute Mehrheit der Anwesenden erforderlich, im zweiten Wahlgang genügt die relative Mehrheit. In diesem Jahr wurden im ersten Wahlgang der Präsident der US-Bischofskonferenz, Erzbischof *Joseph L. Bernardin* (Cincinnati), mit 99 Stimmen und der CELAM-Präsident, Kardinal *Aloisio Lorscheider* (Fortaleza/Brasilien), mit 105 Stimmen gewählt. Bei der letzten Synode hatte nur Bernardin die absolute Mehrheit erreicht (vgl. HK, Dezember 1974, 656). Im zweiten Wahlgang wurden für Afrika gewählt: Kardinal *Maurice Otunga* von Nairobi/Kenia (111 Stimmen), Kardinal *Hyacinthe Thiandoum* von Dakar/Senegal (108 Stimmen) und Erzbischof *Denis E. Hurley* von Durban/Südafrika (90 Stimmen); aus Asien-Australien: Kardinal *Joseph Cordeiro* von Karatschi/Pakistan (122 Stimmen), Kardinal *Jaime L. Sin* von Manila/Philippinen (115 Stimmen) und Bischof *Patrick D'Souza* von Varanasi/Indien (84 Stimmen); als drittes Mitglied aus Nord- und Südamerika wurde Bischof *Gerald E. Carter* von London/Kanada gewählt (57 Stimmen); aus Europa: Erzbischof *Roger Etchegaray* von Marseille (98 Stimmen), Kardinal *Josef Höffner* von Köln (93 Stimmen) und Kardinal *Karol Wojtyła* von Krakau (90 Stimmen). Wie schon vor drei Jahren war unter den Gewählten kein Italiener. Der Papst glich bei seinen Ernennungen „Lücken“ aus. Er ernannte zu Mitgliedern des Bischofsrates als Vertreter der Kurie den Präfekten der Apostolischen Signatur, Kardinal *Pericle Felici*, als Vertreter der Kirchen des orientalischen Ritus den ukrainischen Erzbischof von Winnipeg/Kanada, *Maxim Herrmannsk*, und als zweiten Vertreter Lateinamerikas Kardinal *Paul Francisco Primatesta* von Córdoba/Argentinien. Es fällt auf, daß dieses Mal zwei Drittel der 12 von der Synode zu wählenden Mitglieder, also 8 (1974 waren es nur 3), wiedergewählt wurden. Neu im Bischofsrat sind nur Otunga, Sin, Carter und Höffner (der schon früher einmal dem Bischofsrat angehört hatte) sowie die drei vom Papst Ernannten.

Die Deutsche Bischofskonferenz hat am 17. November 1977 eine Erklärung zu dem Buch „Christ sein“ von Prof. Hans Küng publiziert. Die Erklärung richtet sich an alle „in der Glau-

bensverkündigung Stehenden“. Küngs Buch (vgl. HK, Oktober 1974, 529ff.) war bereits bald nach seinem Erscheinen bei den Bischöfen auf Kritik gestoßen. In der Erklärung der Bischofskonferenz zum Abschluß des Lehrverfahrens bei der Glaubenskongregation gegen Küng wurden nicht nur gegenüber früheren Büchern Küngs, sondern auch gegen „Christ sein“ bleibende Vorbehalte geltend gemacht (vgl. HK, April 1975, 181ff.). Seitdem versuchte die Bischofskonferenz, Küng zu Ergänzungen bzw. Korrekturen einiger seiner Auffassungen, insbesondere seiner christologischen Aussagen, zu bewegen. Ferner veröffentlichten Fachkollegen ein Buch mit kritischen Beiträgen, auf das Küng seinerseits in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ kritisch reagierte (vgl. HK, August 1976, 429). Zu Beginn dieses Jahres fand schließlich ein ausführliches Gespräch von Mitgliedern und Experten der Bischofskonferenz mit Küng statt. Die Bischöfe bestanden auf den Veränderungen, während Küng in Aussicht stellte, in seinem im nächsten Frühjahr erscheinenden Buch ausführlich und vertiefend auf einige der zur Debatte stehenden grundsätzlichen Fragen erneut einzugehen. Die Bischöfe hielten diese Ankündigung nicht für ausreichend. Sie sahen sich, wie sie in ihrer Erklärung betonen, zu einer erneuten Stellungnahme verpflichtet, da „Christ sein“ unverändert weiterverbreitet und gemäß seinem eigenen Anspruch als „kleine Summe“ des Glaubens verstanden werde. In der Erklärung wird die Überzeugung der Bischofskonferenz aufrechterhalten, daß bei allen positiven Bemühungen des Autors wesentliche Bestandteile des katholischen Glaubens so „unzureichend“ dargestellt werden, daß sie nur nach einer Richtigstellung als Ausdruck des katholischen Glaubens anerkannt werden könnten. Die Erklärung konzentriert sich ganz auf die christologischen Ausführungen bei Küng und beanstandet daran: 1. daß das *Gottsein Jesu* vernachlässigt werde; 2. daß die „*Selbsthingabe Gottes an uns in Jesus von Nazareth*“ nicht hinreichend dargestellt werde, und 3. daß die *Erlösungswirklichkeit* verkürzt werde. Der Erklärung ist eine Dokumentation über die Korrespondenz zwischen der Bischofskonferenz und Prof. Küng beigefügt. (Wir kommen auf das Thema zurück.)

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken hielt am 11. und 12. November in Bonn-Bad Godesberg seine Herbstvollversammlung ab. Aufgrund der allgemeinen politischen Situation kam dem „Bericht zur Lage“, den ZdK-Präsident Prof. *Hans Maier* gab, erhöhte Bedeutung zu. Im Mittelpunkt des Berichts stand der *Terrorismus*. Maier betonte, es gebe gegenüber der neuen Form der Gewalt weniger ein Theorie- und Technikdefizit